GS-SZ-01-121-3

Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in: Harald Wölter (Münster KV)

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

Von Zeile 120 bis 124:
Pflegerinnen und Pfleger müssen besser bezahlt werden. Durch ausreichendes Personal wollen wir Überlastung vermeiden. Der Pflegeberuf muss aufgewertet werden. ~~Wir schlagen dazu eine gestufte Ausbildung vor, die spezialisiertes Fachwissen erhält und die Durchlässigkeit zwischen den Pflegeberufen erhöht.~~Eine gemeinsame Pflegeausbildung ist dabei ein wichtiger Schritt, mit der auch eine inhaltliche Weiterentwicklung des Berufsfeldes Pflege einhergeht. Dabei muss sichergestellt sein, dass das Ziel ohne den Verlust bisher bestehender spezifischer Kompetenzen in den Disziplinen und für die Einsatzorte sowie ohne den Verlust von Ausbildungskapazitäten erreicht werden kann. Mit verbindlicher Umlagefinanzierung und bundesweitem Verzicht auf Schulgeld wollen wir das unterschiedliche Ausbildungsengagement in den Bundesländern angleichen. Und wir brauchen ein neues, unabhängiges Institut für Qualität in der Pflege. Schließlich wollen wir auch die Pflegeversicherung zu einer

Begründung

Die Anforderungen an die gesundheitliche und pflegerische Versorgung unserer alternden Bevölkerung haben sich gewandelt. Patientinnen und Patienten werden zunehmend älter, und eine große Zahl an Pflegebedürftigen in stationären Einrichtungen oder zuhause sind häufig an mehreren Krankheiten zugleich erkrankt. Zugleich bringen die Menschen ihren Wunsch nach Selbstbestimmung und Mitbestimmung über ihre Pflege immer selbstbewusster zum Ausdruck. Die Pflegeausbildung muss an die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen angepasst werden und darüber hinaus muss sie die Pflegekräfte für neue Aufgaben wie die Steuerung von Versorgungsprozessen fit machen. Darum sollten die Trennung der Pflegeausbildungen aufgehoben werden. Gleichwohl gibt es spezifische Kompetenzen in den derzeitigen Pflegeausbildungen, die für ein hohes Qualifikationsniveau sorgen. Die Vermittlung dieser Kompetenzen muss weiterhin erfolgen.

Darüber hinaus muss ein modernes Pflegeberufegesetz über eine bundesweit verbindliche Umlagefinanzierung und den bundesweiten Verzicht auf Schulgeld, das es in einigen Ländern noch immer gibt, für eine Kostenfreie Ausbildung für die Schülerinnen und Schüler der Pflegeausbildung sorgen. Das ist ein richtiger Schritt, um das bisher bundesweit unterschiedliche Ausbildungsengagement in den Ländern anzugleichen.

Unterstützer*innen

Willi Kulke (Bielefeld KV); Edith Ailinger (Reutlingen KV); Ute Michel (Hameln-Pyrmont KV); Armin Grau (Rhein-Pfalz KV); Martin Drees (Plön KV); Uwe Dietrich (Hildesheim KV); Birgitt Bender

(Stuttgart KV); Gabriele Raasch (Ludwigslust-Parchim KV); Susan Sziborra-Seidlitz (Harz KV); Dorothea Meuren (Neckar-Bergstraße KV); Hannelore Heidecke (Hannover RV); Katharina Deppe (Hannover RV); Angelika Farwick-Hajek (Münster KV); Almut Schaab-Hehn (Rhein-Pfalz KV); Thomas Schremmer (Hannover RV); Martina Lilla-Oblong (Gelsenkirchen KV); Manfred Haag (Rhein-Kreis-Neuss KV); Klaus Kienle (Coesfeld KV); Werner Jülke (Paderborn KV); Petra Dieckmann (Münster KV); Jörg Obereiner (Ennepe-Ruhr KV); Markus Kurth (Dortmund KV); Thomas Schmitz (Ennepe-Ruhr KV); Angela Bösselmann (Wolfenbüttel KV)